



Centrum Stosunków Międzynarodowych
Center for International Relations

Reports & Analyses

1 5 /03

Klaus Bachmann

Das Ende der Interessengemeinschaft?

**Deutschland und Polen nach EU-Erweiterung und Irak-Krise.
Versuch einer Klärung.**

Raport ist in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung entstanden.

CENTRUM STOSUNKÓW MIĘDZYNARODOWYCH

ul. Emilii Plater 25, 00-688 Warszawa
TEL.: (22) 646 52 67, FAX: (22) 646 52 58
www.csm.org.pl, info@csm.org.pl

Selbst nach Ansicht von Diplomaten befinden sich die deutsch-polnische Beziehungen in einer Krise. In der Irak-Krise, die die NATO tagelang blockierte und innerhalb der EU zu einer selten beobachteten Lagerbildung führte, standen Deutschland und Polen auf der jeweils anderen Seite der Barrikade. In der Endphase der EU-Erweiterung und in der laufenden Regierungskonferenz der EU vertreten sie gegensätzliche Standpunkte in strategischen Fragen. Ähnlich gegensätzlich ist das Bild vom jeweils anderen in der Öffentlichkeit beider Länder. Ausgerechnet an dem Moment, an dem die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ihre gemeinsamen Interessen verwirklicht, ist das bilaterale Verhältnis schlechter als zu Zeiten, als diese Interessen fast unerreichbar erschienen. Dieser Text versucht, die Frage zu beantworten, wie es dazu gekommen ist, welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden können und welche Perspektiven sich daraus ergeben: Werden die bilateralen Friktionen verschwinden, werden sie in der großen, 25 bis 30 Mitglieder zählenden EU sozusagen aufgelöst, oder werden sie den europäischen Integrationsprozess in den kommenden Jahren belasten oder blockieren?

Am besten ist die derzeitige Lage zwischen Deutschland und Polen auf den Punkt zu bringen, wenn wir sie als zwei einander gegenseitig ausschließende Bilder darstellen. Das deutsche Bild sieht demnach so aus: Jahrelang hat sich Deutschland für die Unterstützung des Transformationsprozesses in Polen, für die Aufnahme Polens in die EU und die NATO eingesetzt und dabei auch politische und finanzielle Opfer gebracht. Tage, nachdem Bundeskanzler Schröder auf dem Erweiterungsgipfel der EU in Kopenhagen im Dezember letzten Jahres dafür gesorgt hat, dass auch das letzte finanzielle Problem Polens beim Beitritt aus der Welt geschafft wurde, verkündete die polnische Regierung ihren Beschluss, keine in der EU hergestellten Kampfflugzeuge zur Modernisierung ihrer Armee, sondern amerikanische F-16 zu bestellen. Jene Milliarde, die Schröder aus dem EU-Haushalt zusätzlich herausverhandelt hat, benutzen die Polen zur Unterstützung der US-Rüstungsindustrie. In der anschließenden transatlantischen Krise um die von den USA beabsichtigte Intervention im Irak stand Polen auf der Seite der EU-Bellizisten Großbritannien, Italien und Spanien. Unter Verletzung der gerade in Kraft getretenen Prozeduren der Gemeinsamen EU-Außenpolitik unterzeichnete der polnische Premierminister Leszek Miller den berühmten „Brief der 8“, ohne deshalb zuvor

Berlin zu verständigen. Anschließend beteiligte sich Polen, wenn auch in bescheidenem Umfang, an der Intervention im Irak mit eigenen Truppen und übernahm von den USA eine Besatzungszone im Irak. Zur Zeit versucht Polen, gegen deutsche Interessen, die unveränderten Annahme des EU-Verfassungsentwurfes des Konvents zu verhindern und droht dabei sogar mit einem Veto in der Regierungskonferenz. Hätten wir es nicht mit einem Verhältnis zwischen zwei Staaten, sondern mit zwei Menschen zu tun, so würden wir sagen: Der eine wirft dem anderen Mangel an Dankbarkeit vor. Und wir würden zum Schluss kommen, dass das nur möglich ist, wenn zuvor zwischen beiden kein partnerschaftliches sondern ein paternalistisches Verhältnis bestand.

Betrachten wir nun das polnische Gegenbild: 1989 hat Polen, nahezu ohne äußere Hilfe, einen friedlichen Machtwechsel zustandegebracht, der die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte und schließlich zum weitgehend friedlichen Zusammenbruch des Kommunismus und zum Ende des Kalten Krieges führte. Es hat damit Westeuropa eine Friedensdividende verschafft, die Sie alle durch einen Blick auf die seither schrumpfenden Verteidigungshaushalte der westeuropäischen Staaten errechnen können. Obwohl aus fremden Quellen für die nachfolgende Transformation in Polen nur ein Bruchteil dessen zur Verfügung stand, was die frühere DDR nutzen konnte, verlief die Transformation insgesamt wirtschaftlich und sozial erfolgreicher und eröffnete Westeuropa – dabei in erster Linie der Bundesrepublik – einen gewaltigen Absatzmarkt, der mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland sicherte.

So gesehen gibt es keinen Grund, die Rolle Deutschland bei der EU-Erweiterung in paternalistischen Kategorien zu betrachten, denn sie war im Interesse beider Seiten. Das gleiche gilt für die NATO-Erweiterung, in Folge deren Polen in den Genuß der Beistandsgarantien des Art. 5 kam, und Deutschland in eine geostrategische Mittellage geriet, nachdem es jahrzehntelang Frontstaat des Kalten Krieges gewesen war.

Diese Lage, in der sich die Interpretationen auf beiden Seiten der Grenze so diametral widersprechen, legt natürlich die Frage nahe, wie es dazu kommen konnte und wie es weitergehen soll. War die Entstehung dieser Gegenstände unvermeidbar,

wurden Fehler gemacht, aus denen man Schlüsse ziehen kann, sind die so entstandenen Gegensätze überwindbar, sind sie zeitlich begrenzt, oder muss man sie akzeptieren? Werden Deutschland und Polen künftig in NATO und EU getrennte Wege gehen? Falls ja, wie lassen sich dann unnötige zusätzliche Friktionen vermeiden? Falls nein, wo liegen die Felder gemeinsamer Interessen?

Diese Fragen lassen sich mit einem kurzen Blick in die Vergangenheit leichter beantworten, denn er macht die Entwicklung deutlich, die zur heutigen Lage geführt hat. Danach werden wir die entstandenen Probleme in drei Felder aufteilen:

1. In konfliktfreie Bereiche, in denen gemeinsame Interessen bestehen, deren Verwirklichung das politische Klima zwischen beiden Staaten und Gesellschaften positiv beeinflussen kann und damit Friktionen, die aus unvermeidlichen Interessenkonflikten entstanden sind oder entstehen müssen, abmildert.
2. In Konflikte, die aus Interessenunterschieden entstanden sind und die deshalb durch Kompromisse zwar nicht beseitigt, so doch gemildert werden können.
3. In Konflikte, die nicht aus divergierenden Interessen entstanden sind sondern aus Missverständnissen, und die deshalb durch einen intensiveren Dialog in der Zukunft vermieden werden können.

Das Ende der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft?

Vor 13 Jahren ermöglichte der friedliche Machtwechsel in Polen, der am Runden Tisch ausgehandelt, mit den Wahlen vom Juni 1989 bestätigt wurde und in die Bildung der Übergangsregierung von Tadeusz Mazowiecki mündete, den überwiegend friedlichen Wandel in Mitteleuropa, den schrittweisen Zerfall des Warschauer Paktes, des RGW und schließlich der Sowjetunion. Er verdeutlichte, dass die Veränderung des status quo ohne Gewalt und am Verhandlungstisch möglich war und war damit einer der entscheidenden Impulse für das Zustandekommen der deutschen Einheit. Er bewies auch, dass Reformen, die nicht

von den Machthabern, sondern der Zivilgesellschaft initiiert werden, auch unter den Bedingungen einer Einparteienherrschaft und einer Zentralverwaltungswirtschaft Erfolg haben können.

Der friedliche Wandel, das gemeinsame Interesse an der Überwindung des status quo und das Verschwinden der DDR nach dem Zustandekommen der deutschen Einheit trugen dazu bei, dass die Außenpolitische Interessenlage zwischen Polen und Deutschland nicht mehr von Gegensätzen und Konflikten, sondern von einer Interessengemeinschaft gekennzeichnet war, wie sie vom zweiten polnischen Premierminister nach 1989, Jan Krzysztof Bielecki, und dessen Außenminister Krzysztof Skubiszewski, definiert wurde. Diese Interessengemeinschaft beruhte auf drei Pfeilern:

- dem gemeinsamen Interesse an der Erweiterung der EU
- dem gemeinsamen Interesse an der Erweiterung der NATO
- gemeinsamen Interessen, die aus der neuen Nachbarschaft des vereinigten Deutschland mit dem demokratischen Polen resultierten und sich auf eine Vielzahl von Feldern erstreckte, die von der Errichtung neuer Grenzübergänge bis zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration reichten und überwiegend im deutsch-polnischen Vertrag von 1990 aufgelistet werden.

Entscheidend für das Zustandekommen dieser Interessengemeinschaft war die Herausbildung eines prowestlichen, marktwirtschaftlichen und demokratischen Konsens in der polnischen Gesellschaft, der schließlich in den Beitrittsansuchen zu zahlreichen internationalen Organisationen, einer radikalen Umstellung der Planwirtschaft auf Marktmechanismen, zahlreichen Strukturreformen und dem Aufbau demokratischer Institutionen seinen Ausdruck fand. Die geopolitische Orientierung nach Westen gründete sich auf Traditionen und Wertevorstellungen in Polen, war aber zugleich auch eine Reaktion auf die Instabilität, die der Zerfall des sowjetischen Blocks in den östlichen Nachbarländern Polens hatte offenbar werden lassen. Dennoch betonten alle polnischen Regierungen, ihre Westorientierung richte sich gegen niemanden und solle nicht zu einer Abwendung von den östlichen Nachbarn führen.

Zunächst in Folge der deutschen Einheit in Westeuropa und – in geringerem Maße in Polen – geäußerte Befürchtungen, Deutschland werde durch die Einheit und die Erlangung der vollen Souveränität seine integrationistische Grundhaltung abschwächen oder aufgeben und seine nationalen Interessen ohne Berücksichtigung der Partner in EG und NATO definieren und verfolgen, bestätigten sich nicht. Die deutsche Außenpolitik verstand es, die Vereinigung Deutschlands einerseits einzubetten in eine Vertiefung der Integration (durch die Währungsunion) und andererseits durch eine Erweiterung der Integration auf die neuen Demokraten in Europa abzufedern.

Da es in Westeuropa starke Widerstände, besonders gegen eine Erweiterung der EU, gab, erforderte dies ein Verzicht auf eine Begründung dieses Projekts in Kategorien des nationalen Interesses. Obwohl die Osterweiterung von NATO und EU im deutschen Interesse lag (und liegt), bedienten sich die Regierungen Kohl dabei gesamteuropäischer Begründungen. In Polen entstand dadurch der Eindruck, Deutschland werde gegebenenfalls starke Abstriche bei eigenen Interessen machen, um die Erweiterung der EU voranzutreiben und mit entsprechenden Zugeständnissen Widerstände bei anderen EU-Mitgliedern überwinden helfen.

Die Interessengemeinschaft auf dem Prüfstand

Dies änderte sich mit der Machtübernahme durch die rot-grüne Koalition in Berlin und die Regierung Buzek in Warschau. Das erste Kabinett Schröder bediente sich einer stärker von der Interessenlage Deutschlands geprägten Rhetorik, die in Polen als Abkehr von der Linie der Kohl-Regierungen verstanden und mit Unruhe und Kritik beobachtet wurde. Verstärkt wurden die Reibungen im bilateralen Verhältnis noch durch die betont nationale Rhetorik, mit der die Wahlaktion Solidarität, der größere Koalitionspartner der Regierung Buzek Wahlkampf geführt hatte. Auch die gesellschaftliche Atmosphäre änderte sich: Seit 1990 hatte sich das Ansehen Deutschlands und der Deutschen in Polen Umfragen zufolge stetig verbessert. In Deutschland stand dem ein – vor allem durch den Erfolg der Transformation bedingtes – wachsendes Ansehen in den Eliten bei gleichzeitig stark bleibenden, tradierten negativen Vorurteilen in der Bevölkerung gegenüber. Seit Mitte der neunziger Jahre begann auch die Sympathiewerte für Deutsche und Deutschland in polnischen Umfragen wieder zu sinken. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der

Zunahme großer, zum Teil politisch kontroverser und für die Öffentlichkeit deutlich sichtbarer deutscher Investitionen in Polen, die von nationalistischen Gruppierungen als „Ausverkauf“ gebrandmarkt werden konnten. Zugleich stieg die politische Bedeutung solcher Gruppierungen, was besonders durch das Ergebnis der Parlamentswahlen 2001 deutlich wurde. Hinzu kam eine Reihe von bilateralen Problemen, deren Behandlung durch die Regierungen und Medien beider Länder antideutschen Ressentiments in Polen besonders Auftrieb gab:

- die Problematik der Zwangsarbeiterentschädigungen, bei der die polnische Regierung zwar relativ erfolgreich verhandelte, dies aber nicht durch eine kohärente Informationsstrategie begleitete. So entstand in den Medien und der Öffentlichkeit der Eindruck eines rein pekuniären Handels, bei dem die deutsche Seite allein bemüht sei, die Kosten zu senken und sich von historischer Schuld freizukaufen. Die gesellschaftliche Debatte in Deutschland, die zum ersten Mal das Schicksal nichtjüdischer Zwangsarbeiter ausführlich beleuchtete, wurde dabei ignoriert. Die Chance, mit den Verhandlungen auch eine atmosphärische Verbesserung des bilateralen Verhältnisses zu erreichen, wurde vergeben.

- Im Laufe der EU-Erweiterungsverhandlungen wurden zahlreiche deutsch-polnischen Interessengegensätze deutlich, deren Bestehen zwar bekannt oder vorhersehbar war, die aber zuvor nicht bilateral „abgefedert“ worden waren, da ihre Existenz durch den deutschen Verzicht auf eine von Interessen geleitete Europapolitik verschleiert worden war. Das gilt insbesondere für die öffentlichkeitswirksamen Themen „Niederlassungsfreiheit“ und „Immobilienmarkt“, deren Bedeutung in der Öffentlichkeit beider Länder stark überschätzt wurden.

- Die Verhandlungen über die Erweiterung der NATO und der Beitritt, die – nicht zuletzt aufgrund der äußerst professionellen amerikanischen Dramaturgie - de facto zu einem polnisch-amerikanischen Ereignis wurden, wobei die Chance für eine „atmosphärische Klimaverbesserung“ im bilateralen Verhältnis ebenfalls ungenutzt blieb. Dabei machte sich auch ein Mechanismus bemerkbar, der später auch noch bei den EU-Beitrittsverhandlungen zu Problemen führen sollte – die Erkenntnis, dass eine internationale Organisation, die sich erweitert, sich damit dramatisch verändert und mit ihrer Erweiterung ein Teil der Vorteile verschwindet, derentwegen Polen ihr

beitreten wollte. Der NATO-Beitritt ist in der polnischen Öffentlichkeit vor allem im Hinblick auf den Charakter des Paktes als eines Verteidigungsbündnisses populär gewesen. Mit der Öffnung der NATO für neue Mitglieder, der „Friedenspartnerschaft“ und der Öffnung der NATO für Russland und die Ukraine wurde die Allianz immer mehr zu einer Organisation kollektiver Sicherheit. Dies wurde deutlich, als die NATO 1999 – kurz nach ihrer ersten Erweiterung – im Kosovo intervenierte, eine Aktion, die in der polnischen Öffentlichkeit stark umstritten war. Die Enttäuschung, darüber, dass die Organisation, der man beigetreten war, nicht mehr die gleiche war, der man hatte beitreten wollen, ist auch bei der EU-Erweiterung spürbar: Mit der Begrenzung der Struktur- und Agrarmittel durch die Erweiterung ist die EU weniger solidarisch geworden, als sie vor ihrer Erweiterung war.

Besonders deutlich wird die Enttäuschung über die durch die Erweiterung verbundenen Neuerungen bei der Debatte um den Verfassungsentwurf des Konvent: Hier argumentiert die polnische Regierung explizit damit, im Beitrittsreferendum habe die Bevölkerung sich für einen Beitritt auf der Basis des Nizza-Vertrags entschieden, dessen für Polen vorteilhafte Bedingungen durch den Konventsentwurf zunichte gemacht würden.

Divergierende Ansichten zum EU-Beitritt

Die Tatsache, dass multilaterale Strukturen wie das „Weimarer Dreieck“ während der EU-Beitrittsverhandlungen keine Rolle spielten und die Verhandlungen selbst nach dem Regatta-Prinzip (die EU verhandelt „bilateral“ mit jedem Kandidaten gesondert) organisiert waren, verstärkten in Polen den Eindruck, Der EU-Beitritt sie eine bilaterale Angelegenheit zwischen Polen und der EU, bei der Deutschland die entscheidende, wenn nicht einzig wichtige Rolle spiele. Tatsächlich wurden die Verhandlungen von polnischer Seite auch wie typisch bilaterale Verhandlungen geführt, womit zahlreiche Interessengegensätze zwischen EU und Kandidaten in der Öffentlichkeit als deutsch-polnische Gegensätzen erschienen. Das deutlichste Beispiel war der von polnischer Seite in keiner Weise antizipierte niederländische Widerstand gegen die (für Deutschland gleichgültige) von Polen geforderte Übergangsfrist im Bereich Agrarland und Immobilien und die Ausdehnung der direkten Einkommensbeihilfen auf die Bauern der Neumitglieder. Durch die von der Regierung Schröder initiierte „Nettozahlerdebatte“ erschienen selbst

Interessengegensätze innerhalb der EU-Mitglieder (wie die dt-frz. Debatte über den Kommissionsvorschlag zu Direktzahlungen) als deutsch-polnische Frontstellungen.

Die bilaterale Verhandlungsstrategie, der Mangel einer Informationsstrategie und die hohen Erwartungen und Ausgangsforderungen, mit denen die polnische Regierung in die EU-Verhandlungen ging, führten zu einem enormen Auseinanderdriften der Verhandlungsziele und der Verhandlungsergebnisse, das durch den großen Unterschied im Kräfteverhältnis zwischen der EU auf der einen und jedem der Kandidaten auf der anderen Seite erklärbar und voraussehbar war, auf polnischer Seite aber als unverdiente Niederlage empfunden worden ist. Es ist wichtig, diesen Unterschied in der Perspektive deutlich zu machen, da er – jenseits der offiziellen Freudenkundgebungen unmittelbar nach dem Kopenhagener Gipfel – zur Zeit die Atmosphäre des deutsch-polnischen Verhältnisses zu bestimmen scheint. Die Unterzeichnung des „Briefes der Acht“ durch den polnischen Premierminister Miller, die Bekanntgabe des Kaufs von F16-Kampfflugzeugen nach dem Gipfel von Kopenhagen und die betont transatlantische und proamerikanische Haltung der polnischen Regierung in der Irak-Krise gehen natürlich auf traditionelle enge Bindungen zwischen Polen und der USA, auf gemeinsame Interessen in der Sicherheitspolitik und eine proamerikanische Stimmung in der Gesellschaft zurück. Sie erscheinen aber auch als Ausdruck einer Enttäuschung über Westeuropa und Deutschland, die ihre Quelle in der Art und Weise hat, wie die EU-Erweiterungsverhandlungen geführt wurden. Dies mag aus deutscher Sicht seltsam erscheinen, da der Kopenhagener Gipfel nicht zuletzt durch den Einsatz von Bundeskanzler Schröder insgesamt erfolgreich verlief. Die Chance, auch dieses Ereignis für die Verbesserung der deutsch-polnischen Atmosphäre zu nutzen, hat wohl nie bestanden. Es ist aber geradezu paradox, dass mit dem Erreichen eines der wichtigsten Punkte der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ paradoxerweise das beiderseitige Verhältnis eher belastet, als verbessert wurde!

1. Bereiche, in denen gemeinsame Interessen vorherrschen

Mit der Erweiterung von NATO und EU sind die wesentlichen Ziele der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ erreicht. Es bleibt somit für die Zukunft jener Teil der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft, der nach der Definition Skubiszewskis den bilateralen Bereich betrifft. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage nach Interessendifferenzen und –kongruenzen beider Länder innerhalb von NATO und EU. Angesichts der gemeinsamen Grenze, deutscher und polnischer Minderheiten im jeweils anderen Land und der engen wirtschaftlichen Verflechtung wäre es unrealistisch, davon auszugehen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Europapolitik beider Länder aufgehen und sich die bilateralen Kontakte nur noch innerhalb dieser Institutionen abspielen. Das ist zwar mit den deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen Beziehungen geschehen, die sich fast nur noch auf EU- und NATO-Ebene abspielen, nicht aber im Verhältnis zu Frankreich.

Man kann aber davon ausgehen, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen in Zukunft vor allem auf EU-Ebene abspielen werden, denn in diesem Bereich besteht der geringste nationalstaatliche Spielraum für bilaterale Initiativen. Durch den Gemeinsamen Binnenmarkt sind diese Beziehungen weitestgehend vergemeinschaftet. Ausnahmen bestätigen die Regel, denn in einigen Bereichen bestehen noch Übergangsfristen, die es zwischen den Altmitgliedern der EU so nicht gibt.

1. In den Bereichen, für die noch längere Zeit Übergangsfristen bei der EU-Integration Polens gelten, wird die bilaterale Perspektive auch weiterhin wichtig sein. Dies gilt selbst für Teile des „acquis communautaire“ im Bereich des Binnenmarkts, z. B. bei der Niederlassungsfreiheit, wo der Zugang polnischer Arbeitnehmer zu den Arbeitsmärkten der Mitgliedsländer von deren Zustimmung abhängig bleibt.

2. In Bereichen, in denen der „acquis communautaire“ ausdrücklich bilaterale Initiativen erfordert, wie z. B. beim Abschluß bilateraler Abkommen über die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung, Nacheile, gemischte Polizeipatrouillen etc., wie sie in den Schengen-Protokollen vorgesehen sind.

3. In den Bereichen von faktischer „verstärkter Zusammenarbeit“, zu denen die EU-Neumitglieder nicht allein schon durch ihren Beitritt Zutritt haben, wie der Wirtschafts- und Währungsunion, die volle Integration in das Schengensystem und Projekte, wie sie zur Zeit z. B. mehreren Ländern der EU im Bereich des sogenannten „Dritten Pfeilers“ also der Gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik diskutiert werden.

4. Der klassische bilaterale Bereich des deutsch-polnischen Vergangenheitsdialogs, der kulturellen Beziehungen, der Rückgabe der Kulturgüter, der Problematik des kulturellen Erbes, der Eigentumsproblematik und der ethnischen Minderheiten und Gruppen mit ähnlichem Status.

5. Das Politikfeld, auf dem sich alle diese Bereiche überlappen, ist die Sicherheitspolitik, die sowohl in EU und NATO, als auch – nach den jüngsten deutsch-französischen Initiativen – bilateral und möglicherweise in der Zukunft im Rahmen „enger Zirkel“ oder eines „Kerneuropa“ stattfinden kann.

Einige der Politikbereiche, in denen schon bisher gemeinsame Interessen bestanden, bleiben auch in Zukunft bestehen, unabhängig davon, ob sie in den bi- oder multilateralen Bereich fallen. Dazu gehört das gemeinsame Interesse an der Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzgebiets, die Bekämpfung der Kriminalität und die Steuerung der Migration in diesem Bereich, der Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz- und Polizeiarbeit und die weitere Stabilisierung der östlichen Nachbarn Polens, die insbesondere für die Migrationsströme und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Kriminalität an der deutsch-polnischen Grenze nicht ohne Bedeutung ist.

Das sind zunächst einmal übergeordnete Interessen. Betrachtet man sie genauer, so entdeckt man insbesondere im Bezug auf die Methoden, mit denen sie verwirklicht werden könnten, jede Menge potentieller Konfliktfelder.

Damit sind wir aber bereits beim nächsten Punkt.

2. Konflikte, die sich aus Interessendivergenzen ergeben

Die deutsche und die polnische Regierung haben zur Irak-Krise und dem darauffolgenden Krieg der von den USA geführten Koalition divergierende Haltungen eingenommen. Die Bundesregierung hat bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine ablehnende Haltung zu einem Präventivkrieg eingenommen, während die polnische Regierung diesen zunächst politisch, dann auch mit einem bescheidenen militärischen Beitrag, d. h. der Entsendung einer 200 Mann starken Elitetruppe unterstützt hat. Die offizielle Regierungslinie in beiden Ländern wurde von einer starken Strömung in den Medien und den politischen Eliten getragen, während die Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern zunächst gegen den Krieg der Koalition war. Die Ablehnung war allerdings in Deutschland deutlich größer als in Polen.

In der öffentlichen Debatte zum Irak-Krieg spielte das deutsch-polnische Verhältnisse in beiden Ländern eine geringe Rolle. Trotzdem haben die unterschiedlichen Perspektiven, aus denen heraus das Verhalten des jeweiligen anderen Landes kommentiert wurde, weiter zur Entfremdung beigetragen, die wir bereits zuvor konstatiert haben. In deutschen Medien wurde die polnische Entscheidung zur Kriegsbeteiligung als Abwendung von Europa und der Weiterentwicklung der „Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“ und als Anzeichen dafür gesehen, dass mit der EU-Erweiterung ein Fortschritt in diesem Bereich durch die proamerikanischen Neumitglieder eher behindert werden wird. Dadurch wurde der ohnehin durch die institutionellen Herausforderungen der EU-Erweiterung bereits starke Impuls zur Abschottung in einem „Kern-Europa“ noch verstärkt – was in der deutsch-französisch-belgischen Initiative zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den zahlreichen deutsch-französischen Initiativen im EU-Zukunftskonvent zum Ausdruck kam.

Auf polnischer Seite sorgten die Reaktionen des französischen Präsidenten Chirac für eine vergleichbare, aber in der Öffentlichkeit viel heftigere Trotzreaktion. Es entstand der Eindruck, Chirac habe mit seinen Äußerungen die Reste des ohnehin angestaubten „Weimarer Dreiecks“ vom Tisch geschoben, ohne dass dies in Deutschland Bedauern auslöste.

Die Gegenüberstellung von antiamerikanischen, proeuropäischen Pazifisten auf der einen und proamerikanischen, antieuropäischen Bellizisten auf der anderen Seite ist falsch. Die deutschen Proteste gegen den Präventivkrieg der USA und die Haltung der deutschen Regierung sind keine Neuauflage der Demonstrationen gegen den Ersten Golfkrieg und sie werden – von Ausnahmen abgesehen – nicht von einer prinzipiell pazifistischen Haltung getragen. In polnischen Debatten zu diesem Thema wird in der Regel kein Unterschied gemacht zwischen Atompazifismus und prinzipiellem Pazifismus, wodurch sowohl die Gegner der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in den achtziger Jahren, wie auch die Gegner des ersten Golfkrieges und einer deutschen Beteiligung an „out-of-area-Einsätzen“ undifferenziert als Pazifisten erscheinen. Pazifismus und Kriegsgegnerschaft erscheinen so als ein und dasselbe. Pazifismus spielt bei den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg eine Rolle, ist aber weder bestimmend für die Regierungspolitik, noch für die Haltung der Regierungsparteien. Das zeigt auch die Tatsache, daß sich die christdemokratische Opposition vor Kriegsausbruch von der Haltung Schröders nur in Nuancen unterschied, nicht aber in ihrer Ablehnung eines Präventivkrieges ohne (zweites) UN-Mandat. Wichtige Elemente beim Zustandekommen dieser Ablehnung waren auch die Furcht vor einer Destabilisierung der gesamten Region, einer Eskalation des Nahost-Konflikts, dem entstehen einer humanitären Katastrophe (der Grund für die Beteiligung Deutschlands am Krieg im Kosovo) und den Auswirkungen auf das Zusammenleben von Arabern und Juden, Moslems und Nicht-Moslems in Europa, sowie vor einer Schwächung internationaler Institutionen, wie der UNO.

Diese Elemente spielen für die deutsche Politik eine wesentlich größere Rolle als für die polnische Regierung und Gesellschaft. Polen ist bisher kein vergleichbares Zielland von Flüchtlingsbewegungen, hat keinerlei negative Erfahrungen mit internationalem Terrorismus, beherbergt weder nennenswerte jüdische noch arabische Minderheiten. Es hat dafür – angesichts der wenig stabilen Nachbarschaft, in der es sich befindet, ein wesentlich größeres Interesse an „harter“, militärischer Sicherheit. Diese wird vor allem von der NATO – und innerhalb der NATO von den USA – garantiert.

Während eine der wichtigsten deutschen Lektionen aus dem Zerfall Jugoslawiens lautet, die damals so schwache EU müsse eine gemeinsame, auch militärisch glaubwürdige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufbauen, zog man in Polen aus der europäischen Schwäche den Schluss, nur ein möglichst enges Verhältnis zu den USA garantiere die Möglichkeit eines erfolgreichen militärischen Eingreifens zur Verhinderung oder Beendigung von gewaltsam ausgetragenen Krisen und Bedrohungen der äußeren Sicherheit. Angesichts der Wandlung der NATO von einem reinen Pakt zur territorialer Verteidigung hin zu einer Organisation kollektiver Sicherheit unter Einschluss der Gegner aus den Zeiten des Kalten Krieges kann dieser Schluss nicht verwundern: Für Länder an der Außengrenze des Bündnisses, die instabile, gelegentlich sogar ausgesprochen feindselige Nachbarn (wie Belarus) haben, spielt die territoriale Komponente militärischer Sicherheit natürlich eine wesentlich größere Rolle als für Kernländer, die von Bündnispartnern umgeben sind. Wegen der unterschiedlichen Interessenlage im Bezug auf transnationale Kriminalität, Migration und Terrorismus besteht in Deutschland natürlich auch ein größeres Interesse an der Bereitstellung schnell entsendbarer Kriseneinsatzkräften, wie sie wiederum für die Territorialverteidigung nur sehr begrenzt brauchbar sind.

Ein Teil dieser Differenzen in der Sichtweise und der Definition eigener Sicherheitsbedürfnisse wird allerdings mit der EU-Erweiterung verschwinden – insbesondere dann, wenn eine effiziente gemeinsame EU-Asyl- und Einwanderungspolitik zustande kommt, die für eine ausgeglichene Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten sorgt und die neuen Mitglieder damit auch mit anteilmäßig größeren Flüchtlingsströmen, höheren Kosten für die Unterbringung und Integration von Asylsuchenden und damit mit bisher noch weitgehenden neuen, historisch nicht verwurzelten Minderheiten konfrontiert. Zugleich werden die Neumitglieder auch durch die Transferleistungen der EU, den größeren wirtschaftlichen Austausch und die größere Rechtssicherheit infolge der Übernahme des EU-Rechts auch attraktiver für Einwanderer, Asylsuchende und Flüchtlinge. Das politische Image Polens als aktiver militärischer Teilnehmer an der Irak-Interventionsmacht, der „Koalition“ dürfte das Land schon jetzt stärker ins Visier terroristischer Gruppen gerückt haben. Damit wächst das Interesse an „weicher

Sicherheit“, an dauerhafter Solidarität mit EU-Staaten gegenüber solchen Bedrohungen und vermindert sich die Attraktivität „harter Sicherheit“ im Vergleich zum bisherigen politischen Diskurs in Polen. Diese Evolution wird erleichtert und von weniger Friktionen begleitet werden, wenn ihr in Deutschland im Bewusstsein begegnet wird, dass das Bedürfnis nach „harter Sicherheit“ der Erhaltung von Elementen territorialer Verteidigung im Rahmen der NATO und ein enges Verhältnis zu den USA keine Fortschreibung Kalter-Kriegs-Szenarien oder antieuropäischen, proamerikanischen Vasallentums ist, sondern einen berechtigten Kern hat, der bis zum Ende des Kalten Krieges auch für Deutschland seine Gültigkeit hatte.

Deutschland hat die NATO-Erweiterung nicht zuletzt im Bewusstsein vorangetrieben, damit selbst den unangenehmen Status eines „Frontstaates“ an der NATO-Außengrenze zu verlieren. Von allen Nachbarn Deutschlands ist nur die Schweiz nicht Mitglied von EU und NATO, doch man muss ein ausgesprochener Schweiz-Hasser sein, um daraus eine Bedrohung ableiten zu wollen. Polen dagegen grenzt an drei Nachbarn, von denen drei nach mitteleuropäischen Kriterien unstabil sind und von denen einer sogar ausgesprochen unberechenbar ist. In einer solchen Lage spielen militärisch unterbaute Sicherheitsgarantien, wie sie die NATO liefert, natürlich eine wichtigere Rolle als aus der Sicht – um ein extremes Beispiel zu wählen – Belgiens, wo sich die Frage europäischer Militärstrukturen darauf reduziert, Krisenreaktionskräfte bereitzustellen und eine Beteiligung im Rahmen internationaler Friedensmissionen sicherzustellen. Die Armee Luxemburgs betreibt überhaupt keine Territorialverteidigung mehr, ihre Offiziere und Soldaten befinden sich fast ausnahmslos im Ausland!

Hinter den deutsch-polnischen Differenzen über den Ankauf von F-16, die Unterzeichnung des „Briefs der 8“, die Beteiligung am Irakfeldzug der USA und die Frage der Kompatibilität der Verteidigungspolitik von EU und NATO verbergen sich also Konflikte, die durch unterschiedliche Sicherheitsinteressen diktiert werden. Ähnlich ist es bei den Auseinandersetzungen um die Finanzierung der EU, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Europäische Verfassung.

Der EU-Haushalt besteht zur Zeit im Wesentlichen aus zwei dominierenden Haushaltsposten: Den Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik und den

Ausgaben für Struktur- und Kohäsionspolitik. Der Agrarhaushalt ist dabei noch einmal unterteilt in Ausgaben, die direkt den Produzenten zugute kommen (Marktintervention, Exportsubventionen und direkte Einkommensbeihilfen) und solche, die der Entwicklung ländlicher Regionen dienen sollen (Landentwicklung). Bei den Erweiterungsverhandlungen haben die Beitrittskandidaten durchsetzen können, dass sie im Zeitraum bis 2013 anfangs 25 % der in der EU üblichen Direktbeihilfen erhalten werden, die schrittweise aufgestockt werden, bis sie 2013 dann 100 % erreichen. Diese Prozentsätze sind zu verstehen als Bezugnahme auf die entsprechenden statistischen Hektarerträge, nicht auf die tatsächlichen Nettozahlungen. Zusätzlich dazu gibt es die Möglichkeit, Teile der Ausgaben für Landentwicklung für Direktzahlungen umzuwidmen (dies gilt nur für Neumitglieder) und die Nettozahlungen aus dem nationalen Haushalt aufzustocken. Polen macht von beiden Möglichkeiten Gebrauch. Die angegebenen Prozentsätze beziehen sich allerdings auf die jeweilige Obergrenze der in der Gesamt-EU ausbezahlten Mittel für Direktbeihilfen. Diese wurde auf dem Brüsseler Gipfel im Oktober 2002 aber real degressiv gestaltet. Zwischen 2007 und 2013 dürfen die Gesamtausgaben für Direktzahlungen in der gesamten EU demnach nur um ein Prozent Inflationsausgleich pro Jahr steigen, sind also – da die Inflationsrate voraussichtlich darüber liegen wird – real degressiv. Damit werden die Direktzahlungen der Neumitglieder real degressiv, auch wenn sich ihr prozentuales Verhältnis, wie es bei den Beitrittsverhandlungen festgelegt wurde, nicht ändert. Polens Bauern erhalten damit zwar die festgelegten Prozentsätze, unter Umständen aber nominal weniger als vorgesehen. Hinzu kommt, dass die Ausgaben für Struktur- und Kohäsionspolitik in der EU durch die Erweiterung ohne Reformen nach 2007 um 50 Prozent steigen werden. Nach dem Verfassungsentwurf des Konvents bleibt die Einstimmigkeit zur Festlegung der mehrjährigen Finanzrahmen der EU noch bis 2013 bestehen. Eine Ausdehnung des Haushaltes um 50 Prozent kann also von jedem Mitglied verhindert werden – und wird vermutlich von den Nettozahlern auch verhindert werden. Damit ergibt sich die Frage, ob die Strukturpolitik zugunsten der Agrarpolitik eingeschränkt werden soll oder umgekehrt. Nach dem Verfassungsentwurf des Konvents erhält das Parlament ab dem Inkrafttreten der Verfassung – also mit Sicherheit deutlich vor 2013 – die volle Budgethoheit. Es kann dann, anders als bisher, auch über die Gemeinsame Agrarpolitik entscheiden und Mittel zwischen Strukturpolitik und

Agrarpolitik verschieben. Für die großen Nettozahler, für die Landwirtschaftssubventionen keine überragende Bedeutung haben, wäre dabei eine Verschiebung im Agrarhaushalt zugunsten der Landentwicklung vorteilhaft. Gelder für die Landentwicklung können schwerer abgerufen werden – besonders durch die administrativ weniger erfahrenen Neumitglieder – und sie kommen auch ländlichen Regionen von Staaten zugute, deren Landwirtschaft nicht auf Produktionszuschüsse angewiesen sind, weil sie international wettbewerbsfähig ist. Im speziellen deutschen Interesse läge dagegen auch eine Verschiebung innerhalb des Gesamthaushaltes zugunsten der Struktur- und Kohäsionspolitik, weil diese Mittel durch die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit den Ökonomien der Neumitglieder zumindest teilweise wieder nach Deutschland zurückfließen – nicht jedoch in andere EU-Mitglieder, deren ökonomische Integration mit den Neumitgliedern geringer ist.

Dies sieht aus polnischer Sicht ganz anders aus. Es ist unstrittig, dass die derzeitig ausgehandelte Funktionsweise der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht im Interesse der polnischen Volkswirtschaft liegt, weil sie wettbewerbsschwache Strukturen stärkt und Strukturwandel hemmt. Eine Abkehr dürfte aber politisch angesichts der Stärke der Agrarlobby in Polen kaum durchsetzbar sein, wenn die Zahlungen erst einmal begonnen haben. Deshalb wird sich die polnische Regierung dann mit Sicherheit in einem Boot mit Frankreich befinden, wenn es darum geht, die Gemeinsame Agrarpolitik zu konservieren – und zusammen mit Spanien, Griechenland und anderen Mitgliedsländern, die von der Struktur- und Kohäsionspolitik profitieren, wenn es darum geht, diese zu verteidigen. Hinzufügen sollte man an dieser Stelle auch, dass es den polnischen Unterhändlern bei den Beitrittsverhandlungen nicht um die Erhaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik oder darum ging, möglichst viel Geld aus ihr zu schlagen, sondern um das Prinzip der Gleichberechtigung. Eine drastischere Reform der Agrarpolitik, die die Anwendung des Gleichberechtigungsprinzips ohne Mehrausgaben möglich gemacht hätte, wäre für Polen akzeptabel gewesen, war aber in der EU der 15 nicht durchsetzbar. Auf dieses für Polen typische Dilemma zwischen Solidarität und Gleichberechtigung kommen ich später noch zurück.

Ähnlich kompliziert liegt die Interessenlage zwischen Deutschland und Polen bei der Reform der EU-Institutionen im Rahmen der Regierungskonferenz. Hier hat Polen vor allem das Abstimmungssystem des Vertrags von Nizza zu seinem *sine qua non* erklärt, während Deutschland auf jeden Fall das vom Konvent eingeführte Prinzip der einfachen doppelten Mehrheit beibehalten will. Das Nizza-System macht Polen – im Gefolge von Spanien – praktisch zu einer europäischen Großmacht. Das von Deutschland bevorzugte System sorgt dafür, dass der Abstand zwischen den mittleren Staaten (Polen und Spanien) sowohl zu den kleinen Mitgliedern als auch zu den größten größer wird. Gleichzeitig verlieren damit die Nettoempfänger in der EU nach der Erweiterung insgesamt an Gewicht. Polen hat versucht, eine Front von mittleren und kleinen Mitgliedsstaaten gegen den Konventsentwurf aufzubauen, aber dabei schnell feststellen müssen, dass viele der kleinen Mitglieder nur dagegen waren, um diesen Widerstand gegen Zugeständnisse in anderen Bereichen einzuhandeln – vor allem, um eine EU-Kommission durchzusetzen, in der jeder Staat einen Kommissar stellt. Aus deutscher Sicht ist die polnische EU-Politik dabei unberechenbar geworden, denn in den wechselnden Frontstellungen trat Polen einmal als Interessenvertreter der kleinen Staaten und einmal als Verfechter der Interessen der Mittleren auf, obwohl es nach seiner Bevölkerungszahl das größte Neumitglied sein wird. Auch das ist ein Dilemma, auf das später noch eingegangen wird: Sieht sich Polen selbst als europäische Mittelmacht mit eigener Einflusszone oder als größter Kleinstaat, der seine Interessen gegen größere verteidigen muss? Indirekte Folge dieses Dilemmas ist auch die nach wie vor unbeantwortete Frage, für welches Modell der EU Polen eintreten soll: Als Mittelmacht könnte es eine intergouvernementale Union den Vorzug geben, in der die Großen den Ton angeben. Tatsächlich haben sich die verschiedenen polnischen Regierungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre so auch geäußert – in Übereinstimmung mit dem Mainstream der öffentlichen Meinung. Zugleich hegte man in Polen aber sehr lange sehr weitgehende Vorbehalte gegen eine „engere Zusammenarbeit“ bestimmter Mitgliedsstaaten („harter Kern“, „Kerneuropa“, „Flexibilität“, „verstärkte Zusammenarbeit“, „avantgarde“). Im Konvent fiel die polnische Regierungsvertreterin Danuta Hübner durch ausgesprochen föderalistische Konzepte auf, die nun durch die polnische Haltung in der Regierungskonferenz zum Teil wieder zurückgenommen werden. Föderalismus wirkt in der öffentlichen Debatte in Polen – ähnlich wie in

Großbritannien – immer noch als rotes Tuch, obwohl er sich inhaltlich längst seinen Weg durch die Konferenzen und Regierungsdokumente gebahnt hat. So hat sich Polen mehrfach für eine Stärkung der Gemeinschaftsmethode ausgesprochen, unterstützt jetzt aber auch den Vorschlag einer 31-köpfigen – und damit schwachen – Kommission. Es zieht mit den kleinen Staaten an einem Seil, um einen ständigen Vorsitz des Europäischen Rats zu verhindern und die rotierende Präsidentschaft beizubehalten, hat aber die Beitrittsverhandlungen aus der Grundannahme heraus geführt, aufgrund seiner geographischen Lage, Größe und Wirtschaftskraft mehr verlangen zu können als die anderen Kandidaten – und hat damit in einigen Punkten auch tatsächlich mehr erreicht.

3. Konflikte, die aus Missverständnissen entstanden sind

Damit sind wir bereits bei den Konflikten, die aus Missverständnissen zu entstehen pflegen. Eines dieser Missverständnisse beruht im deutschen Bild von Polen als eines großen Landes, das in der EU ähnliche Interessen wie andere große Länder vertreten sollte, das man aber in den letzten Jahren – wie bereits erwähnt – paternalistisch, also wie ein kleines Land behandelt hat. Auch umgekehrt gibt es ein solches Perzeptionsproblem. Aus polnischer Sicht hatte die Übernahme größerer internationaler Verantwortung durch Deutschland – z. B. im Rahmen von UN-Missionen und der NATO im Kosovo und in Afghanistan – eindeutig positive Züge, allen deutschen Befürchtungen zum Trotz, damit würde Furcht vor Militarismus geschürt. So gesehen waren die Worte von Joschka Fischer und Rudolf Scharping 1999, die Intervention im Kosovo mit Schlussfolgerungen aus dem Dritten Reich („nie wieder Auschwitz“) zu begründen, ein Zeichen dafür, dass die deutsche Vergangenheit einer Normalisierung der deutschen Außenpolitik nicht im Wege stehen würde. Ein selbstbewussteres Deutschland erschien so auch als verantwortungsbewusst, das sich nicht – wie zu Beginn der 90er Jahre - hinter Verfassungsvorbehalten verstecken würde, wenn es darum ging, Konflikten vorzubeugen oder sie zu beenden. Nach der deutschen Wiedervereinigung war befürchtet worden, Deutschland werde sich danach auf einen unilateralen Sonderweg in Europa begeben und damit egoistischer, machtbewusster werden. Stattdessen schien es sich zunächst eher auf einen unilateralen Sonderweg zurückzuziehen – wie ein Riese, der sich immer noch für einen Zwerg hält. Vor

diesem Hintergrund wurde die Entscheidung von 1999, sich trotz des historisch belasteten Verhältnisses zu Serbien an der Intervention der NATO zu beteiligen, auch in Polen positiv aufgenommen. Daher auch 2002 die große Verwunderung, als mit pazifistischen – und damit zumindest indirekt auf die deutsche Vergangenheit bezogenen Argumenten versucht wurde, die Ablehnung einer Intervention im Irak zu begründen.

Diese Entwicklung zeigt, dass die Bezugnahme auf Erfahrungen aus dem Dritten Reich an sich weder zu einer Militarisierung deutscher Außenpolitik, noch zur stärkeren Übernahme internationaler Verpflichtungen im Rahmen internationaler Organisationen führen muss. Die faktische politische Instrumentalisierung der jüngeren deutschen Vergangenheit hat sich als zweischneidig erwiesen: Einerseits kann man unter dem Motto „Nie wieder Auschwitz“ deutsche Truppen zu einer von der UNO nicht gedeckten Intervention auf den Balkan entsenden, andererseits aber auch unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ die Entsendung deutscher Truppen in den Irak verweigern – unabhängig davon, ob die dortige Intervention mit oder ohne UN-Mandat stattfinden soll.

Damit ist nicht nur Polen aus deutscher Sicht ein Stück weniger berechenbar geworden, auch umgekehrt ist Deutschland nun aus polnischer Sicht weniger berechenbar. Das gegenseitige Misstrauen, das daraus entstand, wurde in den letzten Jahren noch durch zahlreiche Einschätzungsfehler und Stereotypen verstärkt, die sich auf die Politik niederschlugen.

Interessenunterschiede reichen nicht aus, die Differenzen in der Sichtweise des Irak-Konflikts zu erklären, die in den vergangenen Monaten zwischen Berlin und Warschau zu Tage getreten sind. Interessenunterschiede mit anderen europäischen Ländern führen nicht automatisch zu einer abwertenden moralischen Bewertung des Verhaltens dieser Länder in der polnischen Öffentlichkeit. Eine Rolle spielt, dass die polnische Gesellschaft meist bemüht ist, internationale Konflikte in einem Gut-Böse-Schema zu analysieren, in dem der Ausbruch eines bewaffneten Konflikts anders als in Deutschland weniger als Scheitern (der nichtmilitärischen Mittel von Konfliktbeilegung) denn als Chance auf einen Sieg des Guten betrachtet wird. Auf

Grund der unterschiedlichen historischen Perspektive und der Erfahrungen in beiden Ländern sind in der deutschen Öffentlichkeit auch innenpolitische gewaltsame Konfliktlösungen – auch wenn sie erfolgreich sind – eher negativ besetzt als in Polen. Im gesellschaftlichen Empfinden des jeweils anderen Landes ist Deutschland übertrieben konsensorientiert, während Polen sich erst in den letzten Jahren von einer konfliktorientierten zu einer konsensorientierten Gesellschaft entwickelt. Die größere Bereitschaft, Konflikte auf der Straße auszutragen, spiegelt sich auch in einer größeren Konfliktorientierung des politischen Diskurses als in Deutschland wider, was dort wiederum zu dem häufigen Fehlschluss leitet, diese „brutalere Sprache“ beinhalte auch die Bereitschaft zu brutaleren Methoden in der politischen Auseinandersetzung. Mit anderen Worten: In Polen ist die Öffentlichkeit eher bereit, dem „Guten“, also für richtig und gerecht empfundenen Zielen auch mit Gewalt zum Durchbruch zu verhelfen und dabei die mittel- und langfristigen negativen Wirkungen zu vernachlässigen, während man in Deutschland mit Blick auf diese negativen Folgen radikalere Methoden auch dann ablehnt, wenn die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass sie zu einem als richtig erkannten Ziel führen. Aus diesem Grund spielte die Nachkriegsordnung im Irak in der deutschen Debatte eine größere Rolle als in der polnischen, während umgekehrt der Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein polnischen Kommentatoren die Sicht auf die langfristigen und über den Irak selbst hinausgehenden Folgen einengte.

In der öffentlichen Debatte in Deutschland und Polen ist von mehreren Intellektuellen auch die These diskutiert worden, die Haltung des politischen Establishments zur Irak-Krise sei eine Funktion ihrer Haltung zur totalitären Diktatur, zum Kommunismus. Das scheint ein wichtiges Element gewesen zu sein, allerdings in weit größerem Maß für die Intellektuellen, weniger für Gesellschaft und Regierung. Im polnischen Fall unterschied sich die Ablehnung einer Irak-Intervention in den Umfragen allenfalls graduell von der Ablehnung in Ländern ohne kommunistische Erfahrung. Für die derzeitige Regierung in Polen dürfte die Erfahrung von vor 1989 bei ihren Beschlüssen kaum eine Rolle gespielt haben; sie sich hätte vor dem Hintergrund der Biographien der Regierungsmitglieder dann genau umgekehrt auswirken müssen. Umgekehrt ist auch nachweisbar (z. B. anhand mehrerer Spiegel-Titelseiten), dass in Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine Gleichsetzung

der Bombardierung irakischer Städte mit Flächenbombardements durch die Alliierten gegen Ende des zweiten Weltkrieges stattgefunden hat. Diese Parallele hätte vor einigen Jahren eher noch zu einer Solidarisierung mit der von den USA geführten Koalitionsstreitmacht geführt, kehrte sich aber vor dem Hintergrund der Vergangenheitsdebatte der letzten Jahre – und der intellektuellen Aussöhnung zwischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration, wie sie im Rahmen der Debatte um ethnische Säuberungen in Jugoslawien, der Debatte um das Berliner „Zentrum gegen Vertreibungen“ und der deutsch-tschechischen Debatten – um in eine Ablehnung des Angriffes auf den Irak. Damit ist die These zweifelhaft geworden, wonach grundsätzliche, aus der jüngeren Vergangenheit hergeleitete moralische Grundsätze für die unterschiedliche Haltung von Intellektuellen und Politik in Polen und Deutschland ausschlaggebend waren. Moralische Bewertung und historische Erfahrung waren nicht die Ursachen für die jeweils andere Haltung Polens und Deutschlands zur Irak-Krise, sondern dienten als nachträgliche Begründungen für dieses Verhalten. Wichtiger erscheinen vor diesem Hintergrund die realen politischen Interessenunterschiede und eine unterschiedliche sicherheitspolitische Perspektive in der öffentlichen Debatte.

Die Missverständnisse zwischen Polen und Deutschland beschränken sich nicht auf das transatlantische Verhältnis und unterschiedliche Erfahrungen mit Krieg, Frieden und politischer Kultur. Sie bestehen auch in der Europapolitik, wo längst nicht alle Differenzen der letzten Monate durch Interessenunterschiede erklärt werden können.

In Deutschland ist man noch während der Konventsverhandlungen davon ausgegangen, Polen – und die anderen Kandidaten – würden einer intergouvernementalen, eher an Großbritannien orientierten und integrationsfeindlichen Linie folgen. Dies wurde meist nicht aus der Größe und der Interessenlage der Kandidaten abgeleitet, sondern aus der Behauptung, diese Länder hätten gerade erst ihre Unabhängigkeit errungen, und seien daher viel weniger bereit, sich auf eine gemeinsame Ausübungen von Teilen derselben mit anderen Staaten im Rahmen supranationale Einrichtungen einzulassen. Paradoxerweise kursierte diese Ansicht selbst dann noch, als polnische Konventsvertreter ein ums andere Mal föderalistische Reden hielten, in denen sie –

nach dem Vorbild der Benelux-Staaten – die Stärkung der sogenannten Gemeinschaftsmethode, der Europäischen Kommission und die Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat und des Mitentscheidungsverfahrens forderten. Tatsächlich wurde die polnische Haltung zur EU-Reform nicht nur von der jüngsten Geschichte bestimmt, sondern auch vom Misstrauen, das die Polen – und selbst manche ihrer höchsten Regierungsvertreter – in ihre eigenen Regierungen und Verwaltungen hegen. Man hofft sozusagen, die eigene Schwäche durch supranationale Entscheidungsmechanismen auszugleichen, in denen es dann möglich sein wird, staatlich nicht gebundene Akteure als Bundesgenossen zu gewinnen. Die Überzeugung ist allerdings erst mit der Zeit entstanden, und die polnische Politik gegenüber der EU-Reform hat eine sehr prägnante Evolution durchgemacht, von Euroskepsis und intergouvernementalem Ansatz zu einer Art pragmatischem Föderalismus. Mit Großbritannien gemeinsam hat Polen, dass man das Wort selbst lieber nicht verwendet, auch wenn man sich zu seinem Inhalt bekennt.

Dazu kommt ein weiteres Missverständnis, das für Friktionen sorgt und das deutsch-polnische Verhältnis übersteigt: Während man die grundsätzlichen Fragen der europäischen Einigung in Westeuropa seit Jahrzehnten ausdiskutiert hat und sich deshalb auf die Erwägung pragmatischer Schritte zu kurzfristigen Zielen beschränkt, herrscht in Mitteleuropa die Tendenz vor, diese Debatten gewissermaßen nachzuholen, weil ihre Themen in den letzten Jahrzehnten natürlich nicht relevant waren und nur von kleinen Minderheiten diskutiert wurden. In Deutschland diskutiert man so über die jeweils nächste Reform, über Milchquoten und den Stabilitätspakt, in Polen über das Endziel der europäischen Einigung, ihre Grenzen, Werte und die übernächste Erweiterung. Den einen erscheint das wertfeindlich und materialistisch, den anderen abgehoben und abstrakt. Über die konkreten Interessenunterschiede zwischen Berlin und Warschau hinaus haben so auch die Differenzen der letzten Jahre über eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine darin ihre Ursachen.

Beides zusammen hat zu einer Entfremdung im EU-Diskurs geführt, zu einer Art „self fulfilling prophecy“, die in den letzten Monaten deutlich geworden ist. Aus Furcht vor

den unberechenbaren Intergouvernementalisten, die die EU ins unendliche erweitern, ihren eigenen Nationalstaat aber nicht aufgeben wollen, und gleichzeitig gegen eine Vertiefung sind, sucht man die Gesellschaft einer kleinen, bekannten, ausgewiesenen integrationsfreudigen Avantgarde, mit der es keine Missverständnisse gibt und weniger Interessendifferenzen zu geben scheint. Die deutsch-französische Föderationsdebatte, die deutsch-französischen Konventsinitiativen für eine Europäische Verteidigungspolitik im engen Kreis und die informellen Treffen im Rahmen des Rats der Justiz- und Innenminister sind dafür Beispiele. Sie erwecken wiederum in Warschau Misstrauen, wo man sie für den Versuch hält, sich den Folgen der Erweiterung durch Flucht in eine Avantgarde zu entziehen und den Neumitgliedern eine Mitgliedschaft zweiter oder dritter Klasse zu verpassen. Verstärkt wird diese zentrifugale Tendenz noch durch ein Kommunikationsproblem oder, wenn man so will, ein Problem der politischen Kultur. Während man in Deutschland schon aus historischen Gründen geneigt ist, eine harte Haltung bei Verhandlungen durch konziliante Rhetorik zu verschleiern, geht man in Polen umgekehrt vor: Polen, das haben die Beitrittsverhandlungen gezeigt, stellt gerne Maximalforderungen, die es moralisch begründet, von denen es sich aber schnell still und leise zurückzieht, wenn sie sich als unrealistisch erweisen. Solange eine Einigung nicht erreicht ist, fliegen bei einer solchen Konstellation die Fetzen.

Zusammenfassung

Mit dem EU-Beitritt Polens und der NATO-Mitgliedschaft hat sich die deutsch-polnische Interessengemeinschaft, wie sie seinerzeit von Minister Skubiszewski definiert wurde, weitgehend erschöpft. Dennoch werden beide Staaten auch in der Zukunft zahlreiche gemeinsame Interessen haben, die sich aus ihrer geographischen Lage, der Integration ihrer Wirtschaft und der gegenseitigen Durchdringung ihrer Gesellschaften ergeben. Ein großer Teil der bilateralen Beziehungen wird allerdings künftig in einem multinationalen Rahmen stattfinden – dies umso mehr, als mit der Reform der EU-Institutionen zahlreiche neue Domänen, in denen bisher die bilaterale Herangehensweise dominant war, europäisiert werden. Dies gilt insbesondere für die Innen- und Justizpolitik, die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, die Anerkennung von Gerichtsurteilen und in begrenztem Maße für die Außenpolitik.

Innerhalb von NATO und EU sind bereits jetzt auch erhebliche Konfliktfelder zwischen beiden Staaten erkennbar. Diese haben ihre Ursachen in Missverständnissen, die durch einen intensiveren Dialog ausgeräumt werden können und in konkreten Interessendivergenzen, über die nur Kompromisse geschlossen werden können. Letztere betreffen vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik. Zuvor ist allerdings auf beiden Seiten eine Klärung der Rolle notwendig, die beide Staaten in Zukunft spielen wollen und über die es auf der jeweils anderen Seite große Missverständnisse und Missinterpretationen gibt: Sieht sich Polen als großes, selbstbewusstes Land mit über seine Landesgrenzen hinausgehendem Einfluss, das somit als Mitinitiator von „Avantgarde-Gruppen“ in der EU in Frage kommt, oder als kleines Land, das sich vor der Dominanz seiner Nachbarn schützen muss? Spricht es sich für eine föderalistische Union aus, weil es auf deren Solidaritätsmechanismen angewiesen ist, oder verlangt es Gleichberechtigung, die nur unter Reduzierung von Transfermechanismen möglich ist, dafür aber weitere Erweiterungen nicht ausschließt? Für Deutschland lautet die Frage, welche Schlussfolgerungen es aus seiner eigenen Vergangenheit und seiner gestiegenen internationalen Bedeutung nach 1990 zieht: Eine Linie wie 1999 zum Kosovo oder eine Haltung wie 2002 zum Irak? Erst nach diesen Klärungen werden beide Staaten füreinander wieder verlässlicher einschätzbar als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Was ist das Center for International Relations?

Das Center for International Relations ist eine eigenständige Nichtregierungsorganisation, die sich mit der polnischen Außenpolitik und den für Polen wichtigsten Problemen der internationalen Politik beschäftigt. Die grundlegenden Aufgaben des Zentrums bestehen in der Politikberatung, der ständigen Beobachtung der Außenpolitik der Regierung sowie der Beschreibung der aktuellen internationalen Situation Polens. Zu diesem Zweck fertigen wir Berichte und Analysen an, organisieren Konferenzen und Seminare, veröffentlichen Artikel und Bücher und führen Forschungsprojekte und Arbeitsgruppen durch. Im Laufe unserer mehrjährigen Tätigkeit ist es uns gelungen, einen Kreis ständiger Mitarbeiter zu etablieren, sowie ein Diskussionsforum internationaler Politik für Politiker, Parlamentarier, Regierungs- und Kommunalbeamte, Journalisten, Lehrer, Studenten und Vertreter anderer Nichtregierungsorganisationen zu schaffen. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die polnische Außenpolitik steht, sind wir der Meinung, dass wir diese Art öffentlicher Debatte über die internationale Politik in Polen fördern müssen.

Gründer und Vorsitzender des Center for International Relations ist Janusz Reiter.

unsere Adresse:

UL . EMILII PLATER 25, 00-688 WARSZAWA

tel. (0048-22) 646 52 67, 646 52 68, 629 38 98, 629 48 69

fax. (0048-22) 646 52 58

e-mail: info@csm.org.pl

Besuchen Sie auch unsere Homepage:

www.csm.org.pl

Die Hauptponsoren des CIR

- Ford Foundation
- Stefan Batory Stiftung
- Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
- German Marshall Fund of the United States
- Robert Bosch Stiftung
- Friedrich Ebert-Stiftung
- Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
- Bank Przemysłowo-Handlowy PBK S.A.
- WestLB Polska S.A.

Die Projekte des Center wurden auch mehrfach vom Außenministerium der RP unterstützt.

Die „Reports and Analyses“ sind als Onlineversion auf der Homepage des Center for International Relations www.csm.org.pl erhältlich.

Personen, die daran interessiert sind, die „Reports and Analyses“ regelmäßig per elektronische Post zu erhalten, bitten wir, uns ihre Angaben an die Adresse info@csm.org.pl oder per Fax +48 22 646 52 58 zuzuschicken. Die „Reports and Analyses“ sind kostenlos erhältlich.